



Dr. Gerhard Weidenfeller, Akademischer Oberrat im Fach Geschichte an der Universität GH Essen.

Foto: Tilo Kart

*Durch die Gebietsabtretungen nach dem Ersten Weltkrieg sahen sich auch Deutsche plötzlich in der Rolle von nationalen Minderheiten. Zusammen mit den traditionellen auslandsdeutschen Gruppen „in der Fremde“ wurden sie in der Weimarer Republik zum Gegenstand der „Volkstumsarbeit“.*

## „Volkstumsarbeit“ in der Weimarer Republik

Zur Struktur und Ideologie einer Bewegung / Von Gerhard Weidenfeller

Bereits in der Weimarer Republik gab es das Phänomen, daß das Schicksal von Deutschen im Ausland Anlaß eines sich ethnozentrisch steigenden Volkstumsnationalismus wurde. Ihre strukturelle Aktualität bezieht diese historische Thematik aus der Tatsache, daß auf die Bedrängnis von Angehörigen des eigenen Volkes im Ausland das „Vaterland“, das „Mutternvolk“ oder die „Heimat“ solidarisch reagieren. Es werden nationale Emotionen und Energien freigesetzt sowie Maßnahmen ergriffen, die von privaten Unterstützungsaktionen über offizielle diplomatische *Demarchen* bis hin zur Gründung einschlägiger Hilfsorganisationen reichen können. Auf jeden Fall reagiert die Öffentlichkeit des Heimatlandes kollektiv national, wie wir es beispielsweise nach den Verbrechen an ausländischen Mit-

bürgern bei uns vor kurzem wieder erfahren konnten.

Ein Problem ergibt sich nun daraus, daß solcherart verständliche Reaktionen in der Vergangenheit und in bestimmten historischen Konstellationen, so beispielsweise im Deutschland der Zwischenkriegszeit, von politischen Interessen funktionalisiert werden konnten, ein Vorgang, der auch heute leider nicht aus der Welt ist. Die Extremfälle, was die deutsche Geschichte betrifft, waren sicher Hitlers Spiel mit dem Schicksal der Sudetendeutschen und der deutschen Minderheit in Polen vor Beginn des Zweiten Weltkriegs. Aber bereits nach dem Ende des Ersten Weltkriegs war die Minderheitenthematik massiv auf die politische Tagesordnung gelangt – unter dem Begriff der „Volkstumsarbeit“.

Mit Volkstumsarbeit wurden

seinerzeit Aktivitäten bezeichnet, die heute nur noch dem speziell Kundigen etwas von dem politischen und emotionellen Gehalt assoziieren lassen, der in der deutschen Öffentlichkeit der Zwischenkriegszeit mit diesem Begriff verbunden war. Das Thema Grenze und Auslandsdeutschtum erlangte nach 1918 fast einen Rang, den im Kaiserreich die Kolonial- oder die Flottenpolitik eingenommen hatte. Dieses Engagement war natürlich politisch vermittelt. Vor dem Hintergrund des Wunsches nach Revision des Versailler Vertrages und anderer, Deutsche in der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie tangierender Verträge ging es um die schlagkräftige Organisation des Interesses am „deutschen Volkstum in der Fremde“ sowie um volkstheoretisch-ideologische Arbeit mit dem Ziel, die na-

tionale Identität der auslandsdeutschen Gruppen zu erhalten und die dazu nötigen Unterstützungen konzeptionell zu begründen. Entsprechend den sehr unterschiedlichen Gruppierungen der Auslandsdeutschen differierten unterhalb des Hauptziels der Deutscherhaltung die Wünsche und Hoffnungen, die man im Rahmen der Volkstumsarbeit vertrat, erheblich. Die stärksten Impulse gingen jedoch vom Schicksal der Deutschen in den vom Reich abgetrennten Gebieten aus. Neben diesem Grenzlandsdeutschtum, wie man jetzt unterschied, spielten im öffentlichen Bewußtsein die in ihrer nationalen Existenz bedrängten Deutschen in Gebieten und Nachfolgestaaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie eine größere Rolle. Bezeichnend erscheint in diesem ganzen Zusammenhang die Unterscheidung, die mit dem häufig benutzten Begriff der „Schicksalsminderheit“ greifbar wird. Hierbei werden diejenigen Gruppen, für die auch in der Zukunft eine Vereinigung mit dem geschlossenen deutschen Siedlungsgebiet aufgrund ihrer geographisch weit entfernten Dislozierung ausgeschlossen war, unterschieden von jenen, für die – nur durch staatliche Grenzen getrennt – dies eben nicht auf Dauer gelten sollte. Im Rahmen solcher Vorstellungen trat der Reichsdeutsche im Ausland, der im Kaiserreich als der vorrangige Repräsentant Deutschlands einschließlich seiner Kultur gegolten hatte, als marginale Größe in den Hintergrund. Ihm wurde, wenn möglich, eine Verbindung mit dem ansässigen „Siedlungsdeutschtum“ nahegelegt, so daß infolge begrifflich überwiegend nur noch zwischen den Typen des Grenz- bzw. des Auslandsdeutschen unterschieden wurde. Der lange changierende Begriff „Volksdeutscher“ wurde erst 1938 von der Auslandsorganisation der NSDAP klar definiert. Er meinte allesfassend den „Deutschen“ ohne die reichsdeutsche Staatsangehörigkeit im Ge-

gensatz zum „Auslandsdeutschen“, der diese besaß.

Im Gegensatz zu den Perspektiven, die sich der volksdeutschen Bewegung und ihrer Volkstumsarbeit nach 1933 zu eröffnen schienen, war man sich in der Weimarer Republik bewußt, daß ihr unmittelbarer politischer Einflußbereich begrenzt war. Sie setzte auf ideologische Formierung und verbandsmäßige Organisation, allerdings in konkurrierenden Gruppierungen. Die Reichsregierung wirkte im Hintergrund beobachtend, koordinierend und ggf. mit finanziellen Mitteln. Das Reichsministerium des Innern wie das Auswärtige Amt hatten für die Zwecke der Auslandsdeutschenbetreuung bereits 1919 gut dotierte Referate geschaffen. Infolge der stark empfundenen internationalen Isolierung hoffte man auf die Solidarität der Deutschen in aller Welt, die aufgrund ihrer Zahl, Bedeutung und wirtschaftlicher Tüchtigkeit Mittlerdienste leisten sollten. Selbstverständlich war weiterhin alles interessant, was die deutschen Ostgrenzen tangierte und in diesem Zusammenhang operierte mit aller Vorsicht auch die preußische Regierung.

#### „Deutsche als Ausländer“ im ideologischen Kontext

Die volkstumtheoretischen Bemühungen und ideologischen Einbindungsversuche bezogen sich auf ein Objekt, das nach dem Ersten Weltkrieg zahlenmäßig mit etwa 40 Millionen Menschen beziffert wurde. Definiert wurde z. B. folgendermaßen: „Auslandsdeutsche sind alle Deutschen, die außerhalb der Reichsgrenzen leben, durch Abstammung, gleiche Art, Sprache und Sitte aber sich an das Muttervolk und die alte Heimat gebunden fühlen und sich dem deutschen Kulturkreis zurechnen.“ Die Zahl der im Ausland ständig lebenden Deutschen mit reichsdeutscher Staatsangehörigkeit wurde auf ca. 1,5 Millionen Personen geschätzt. Auf diesen

Personenkreis, wie überhaupt auf einige Millionen mehr oder weniger, kam es jedoch nicht an. Auch war die Heterogenität der in den Blick genommenen Gruppen wie bereits angedeutet ungeheuer: Es ging um die Nachkommen der z. T. vor Jahrhunderten, in vernationaler Zeit Ausgewanderten in Osteuropa, ebenso wie um die Amerikauswanderer des 19. Jahrhunderts und die durch die Abtretung der Pariser Vorortverträge geschaffenen deutschsprachigen Minderheiten in Polen, in Frankreich (Elsaß-Lothringen), in der Tschechoslowakei, in Ungarn bzw. seinen jetzt zu Rumänien gehörenden Teilen sowie um die Südtiroler unter italienischer Herrschaft. In diesem Zusammenhang sahen sich die Ideologen einer neuen Volkstumstheorie herauszufordern. Resonanz erhielten sie durch die propagandistisch ausgeleuchteten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Auslandsdeutschen. Schwerwiegend vor allem auch die Diskriminierung der deutschen Sprache empfunden.

Wie verstand es die volksdeutsche Bewegung nun, theoretisch mit dem Phänomen der Disparität der auslandsdeutschen Gruppen fertigzuwerden?

Vorstellungen vom Wert jeden Volkstums waren seit dem Ende des 18. Jahrhunderts und – sich zu Theoremen steigernd – im 19. Jahrhundert entwickelt worden. Wichtig sind hier nur die Gedankengänge, die ihren Niederschlag in der praktischen Arbeit, der Volkstumsarbeit, gefunden haben. Dies waren zu Anfang der 20er Jahre nach der Periode der Grenz- und Abstimmungskämpfe vor allem solche, die den Volksgreif scharf von demjenigen des Territorialstaates abgrenzte. Auf diese Weise sollte den unvermutet zu „Minderheiten“ gewordenen und in eine Defensivposition gedrängten Deutschen zu einem neuen Selbstverständnis und Selbstbewußtsein verholfen werden. Die Widerstands-

fähigkeit gegen staatlichen Druck sollte gestärkt, die Abwanderung verhindert (Posen, Westpreußen), die Möglichkeit einer politischen Einflußnahme offengehalten werden. Zumindest terminologisch hatten sich einzelne Funktionäre der Vorkriegsverbände der veränderten Situation bereits unmittelbar nach dem Waffenstillstand und dem Ende der Monarchie angepaßt. Noch im Jahre 1918 äußerte sich der damalige Vorsitzende des Vereins für das Deutschtum im Ausland programmatisch mit den Worten:

„Das bisherige Gebäude des deutschen Gesamtstaates, des Reiches ist eingestürzt. Damit sind die Staatsformen (des Deutschen Reiches und Österreichs – G. W.) zerbrochen, in denen von 100 Millionen Deutschen auf der Erde rund 82 Millionen Deutsche bisher gelebt haben, und mit einem Schläge steht unverhüllt und unbedeckt durch die staatlichen Vorgänge der Begriff des Deutschen Volkes in neuem, ungewohntem Licht vor uns. Im gleichen Augenblick, in dem wir unseren Staat verlieren, gewinnen wir unser Volk; d. h. wird uns zur lebendigen Gewißheit und Klarheit, daß neben der Gemeinschaft des Reiches, die uns mit unseren Stammesgenossen verbunden hat, eine Gemeinschaft des Blutes und Stammes besteht, die uns mit unseren Volksgenossen vereinigt.“

Das waren Anklänge an das Vokabular der Vereinsgründer von 1881, deren Vorstellungswelt z. T. noch vom Kulturnationalismus der frühen Einigungsbewegung im 19. Jahrhundert geprägt war, allerdings mit gleichsam umgekehrten Vorzeichen. Während sich im 19. Jahrhundert die Bewegung vom Volk hin zum Staat vollzogen hatte, verlief nunmehr die Denkrichtung umgekehrt. Im Volkstumsgedanken glaubte man einen vorläufigen Ersatz für den in seinen Machtmitteln reduzierten Staat als Schutzmacht aller Deutschen gefunden zu haben. Verbunden damit war gleichzeitig



Der „neue deutsche Volksgedanke“: „Deutschland ist mehr als der Staat Deutsches Reich; deutsches Volk ist größer als die Summe der Einwohner dieses deutschen Kernstaates. Staatszugehörigkeit erschöpft bei uns Deutschen nicht die Volkzugehörigkeit. Wir haben fast einhundertmal mehr Volksgenossen als Staatsbürger. Diese Tatsache ist für das deutsche Schicksal und das deutsche Antlitz von größter Bedeutung. Erst in der Nachkriegszeit hat sich die volksdeutsche Idee, der Glaube an die unveräußerliche Einheit und Ganzheit alles dessen, was deutschen Volkstums ist, wieder Geltung verschafft. ... Volkstum ist Wesensgemeinschaft ... im Sinne der Gemeinsamkeit von Blut und Sprache, von Geschichte und Schicksal. Art und Kultur, Boden und Klima.“ Aus dem Vorwort der Schrift „Volkstum jenseits der Grenze“.

Quelle: H. Steinhilber: Volkstum jenseits der Grenze. Stuttgart 1934.

die Vorstellung, auf dem Feld der internationalen Beziehungen den Gegnern Niederlagen bereiten zu können, indem man auf die Unterdrückung deutschen Volkstums verwies. Es wäre jedoch ein Fehler, die Propagierung des Volkstumsgedankens nur taktisch zu verstehen. Im Verständnis seiner Anhänger verkörperte er eine junge, zeitgemäße Idee, die besser als die wilhelminische Staatsidee samt ihrer gesell-

schaftlichen Hierarchie, aber auch besser als die westlichen Demokratien oder gar die „Internationale“ den politischen Bedürfnissen der Zeit und der Menschen gemäß sei. Die Vorstellung von der Egalität in der Volksgemeinschaft war es einerseits wohl, was die meist jungen Männer der Volkstumsbewegung faszinierte. Andererseits hatte der ethnische Konfliktstoff des „Volkstumskampfs“ ein neues Verständnis des

Politischen herbeigeführt: Politik als Bestimmung des „Fremden“ im Dienst des eigenen Volkstums. Zum geistigen Zentrum der neuen Bewegung entwickelte sich bald in Berlin der *Volksdeutsche Klub*, die Schaltzentrale des Deutschen Schutzbundes. Neben dem eher assoziativ formulierenden Privatgelehrten Karl Christian von Loesch war es in erster Linie der junge Badendeutsche Max Hildebert Boehm, der von hier aus begrifflich-theoretische Arbeit leistete.

Weitergehend noch als die beiden Genannten und ihr Zirkel lehnte ein Kreis um die seit 1927 in Wien erscheinende Zeitschrift *NATION UND STAAT* nationalstaatliches Denken strikt ab. Die Volksgruppen sollten in Autonomie ihr gesamtes Leben bestimmen. Mit dem pejorativ gemeinten Schlagwort von der „Verschweigerung“ belegt, konnte diese Richtung volksumsorientierten neuen Denkens jedoch nur wenige Anhänger gewinnen. Ein drittes intellektuelles Zentrum bildete sich bei der *Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung*. Ihre beiden Gründer, v. Loesch und der Berliner Ordinarius für Geographie Penck, unterschieden zwischen deutschem „Volksboden“, d. h. überwiegend deutsch besiedeltem Gebiet, und deutschem „Kulturboden“, d. h. mehrheitlich von fremden Völkern bewohntem, aber durch deutschen Kultureinfluß geprägtem und zu einem Zusammenwirken mit Deutschland determiniertem Land. Damit war quasi der gesamte mitteleuropäische Raum als deutsches Interessengebiet abgedeckt.

Die Thesen dieser drei Kreise, die im einzelnen noch entfaltet werden müßten, können wohl als repräsentativ gelten. Im Gegensatz zu der organisatorischen Zersplitterung der Volkstumsarbeit gab es in Grundsatzen Fragen zwar Abstufungen in der Argumentation, aber keine offenen Fehden.

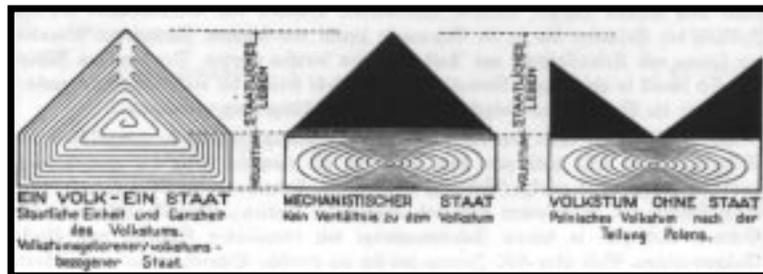
## Verbände und Institutionen der Volkstumsarbeit

Eine Schneise in den „Dschungel der Volkstumsorganisationen“ zu schlagen, d. h. eine Auswahl aus der Vielzahl der Verbände und Institutionen zur Darstellung zu bringen, bleibt ein schwieriges Unterfangen. Im folgenden werden nur einige wenige Gruppierungen behandelt, jedoch solche, die als einflußreichste erschienen und die u. U. wiederum weiteren Vereinen durch kooperative Mitgliedschaft als Dachorganisation dienten.

Der größte und einzige Verein, der sich bereits vor dem Ersten Weltkrieg ausschließlich der Erhaltung des auslandsdeutschen Volkstums gewidmet hatte, war der 1881 gegründete *Deutsche Schulverein*, der sich seit 1908 *Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA)* nannte. Substanzerhaltung deutscher Siedlungsgebiete durch praktische Unterstützungsmaßnahmen für Schulen, Kindergärten, Bibliotheken und Stipendien war sein Ziel. Die kulturelle Anerkennung auch den anderen Volkstums war als leitender Gedanke in der Gründergeneration lebendig. Im Zeitalter des Hochimperialismus blieb diese Position nicht ungefährdet. Krisenerscheinungen wurden durch personelle Querverbindungen und Doppelmitgliedschaften mit anderen nationalen Verbänden, zumal dem *Ostmarkenverein* und dem *Alldeutschen Verband* in den *VDA* hineingetragen. Deren Gedankengut erschien vielen gleichartig zu sein, dort jedoch dynamischer vertreten zu werden. Allerdings ging es diesen Verbänden nicht um Erhaltung und Unterstützung, sondern um die Ausdehnung der deutschen Machtbasis. Kurz vor Beginn des Weltkrieges versuchte der Verein sich ebenfalls – dem Zeitgeist huldig – noch ein wenig auf dem Gebiet der Kulturpropaganda. In der Weimarer Republik wuchs der Verein namentlich infolge seiner Schulgruppenar-

beit zum größten der Volkstumsvereine mit ca. 1,1 Millionen Mitgliedern heran. Den jungen Volkstumsenthusiasten der Nachkriegszeit galt er als behäbiges Relikt der Vergangenheit mit einer Führungsriege aus wilhelminischen Exzellenzen. Gleichwohl mochte man auf seine propagandistischen und finanziellen Mittel nicht verzichten und hoffte ansonsten langfristig auf den Generationswechsel.

Die Erhaltung des Auslandsdeutschtums im Programm hatte zwar auch der erwähnte und vor 1918 einflußreiche *Alldeutsche Verband*. Nach Kriegsende hatte er sich mit seinen Vorstellungen von den auslandsdeutschen Volksgruppen als Instrument deutscher Machtpolitik und seinen Kriegszieleforderungen derart kompromittiert und war auch ideologisch zu festgefahren, als daß er in der volksdeutschen Bewegung eine hervorragende Rolle hätte übernehmen können. Auch der 1894 zur Bekämpfung des Polentums in den deutschen Ostgebieten gegründete *Deutsche Ostmarkenverein* hatte einsehen müssen, daß er nach 1918 aus der vordersten Linie zurücktreten mußte, galt er doch im In- und Ausland als Inbegriff der ostelbischen Reaktion. Allerdings verstand er es, über Gewährsmänner sofort nach der Revolution in den von Polen beanspruchten Gebieten sog. „Deutsche Volksräte“ zu installieren. Deren Tätigkeit wurde unterstützt von dem Major Frh. von Willisen, Chef der unter Wehrminister Noske eingerichteten *Zentralstelle Grenzschutz Ost*. Unter seinem Protektorat wurde ferner im November 1918 zu Koordinierung nichtmilitärischer Aktivitäten ein Aktionskomitee zum Schutz des deutschen Ostens unter dem Namen *Verein Kriegerhilfe Ost (VKO)* gegründet. Hier klopften bald Dutzende von Hilfs- und Unterstützungsvereinen an, so daß sich die Notwendigkeit einer strafferen Organisation ergab. Diese wurde im Frühjahr 1919 und mit Hilfe des *VDA* in Gestalt des



Eine Grafik zur Vorstellung „volksstaatlicher“ Einheit.

Quelle: Steinacher: Volkstum, S. 5.

*Deutschen Schutzbundes* geschaffen. Die führenden Köpfe des Bundes gehörten zu den „Jungen in der Politik“, die nicht zuletzt z. T. aus dem *Verein deutscher Studenten (VDSt)* hervorgingen. Neben den Burschenschaften, die im „nationalen Lager“ allgegenwärtig waren, trat er, der 1880/81 aus der sog. *Deutschen Bewegung*, die sich im Umkreis des Berliner Antisemitismusstreits jener Jahre entfaltet hatte, volkstumpolitisch dominant hervor. In seiner Satzung hieß es: „Beitrittsberechtigt ist jeder an dieser Hochschule immatrikulierte Student deutscher Abstammung ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit.“ Die Formel war sowohl antisemitisch gemeint wie auch großdeutsch konzipiert; sie wurde in den folgenden Jahren zunehmend auch im Sinne einer besonderen Verpflichtung für die Erhaltung des Deutschtums im Ausland interpretiert. Nach 1918 stellte dieser Verband, obwohl zahlenmäßig im Vergleich eher klein, für die gesamte Volkstumsarbeit die qualifiziertesten Kader.

Als Kerntruppe der volksdeutschen Bewegung war der *Deutsche Schutzbund* also entstanden aus einer Verflechtung des *VDA* mit dem *Verein Kriegerhilfe Ost (Ostmarkenverein)* und den jungen Volkstums kämpfern, z. T. aus dem *VDSt*, die sich politisch wiederum über-

wiegend der „Jungkonservativen“-Bewegung verbunden fühlten. Der *Schutzbund* war zweifellos der volkspolitisch profilierteste Zusammenschluß. Als Dachverband zahlreicher Flüchtlingsvereine aus den umkämpften deutschen Grenzgebieten engagierte er sich stark in den Abstimmungskämpfen. Danach baute er den ihm angeschlossenen *Volksdeutschen Klub* zum Zentrum der volksdeutschen Bewegung aus. Enge personelle Verbindungen liefen von hier zur sog. *Konservativen Revolution*. Er sah sich als Gegenstück zum *VDA*, den er bald aus der ursprünglich gemeinsamen Führung verdrängte. Neben M. H. Boehm war bis zu seinem Tod K. C. von Loesch die bestimmende Figur. Über ihn und seine Verbindung zu Stresemann gewann der Bund in der zweiten Hälfte der 20er Jahre einen gewissen Einfluß im Bereich offizieller Politik. Er lieferte Material für einige aufsehenerregende Proklamationen des Reichsaußenministers zum Nationalitätenrecht bzw. Minderheitenschutz.

Dem *Schutzbund* nahe stand der *Ausschuß der deutschen Volksgruppen in Europa*, ein Zusammenschluß der politischen und parlamentarischen Führungspersonlichkeiten der europäischen auslandsdeutschen Gruppen. Er fungierte als informelle Koordinierungsstelle, die das politi-

sche Verhalten in den jeweiligen Heimatstaaten und im europäischen Nationalitätenkongreß bestimmte, um sodann die Reichsregierung zu informieren.

Zur Abgrenzung der Arbeitsgebiete, Vermeidung von Doppelbetreibungen und insgesamt Koordinierung der volkspolitischen Arbeit wurde 1922, vom Auswärtigen Amt gefördert, eine Dachorganisation in Gestalt des *Zweckverbandes freier Deutschtumsverbände* gegründet, der jedoch an den Eifersüchteleien der Vereine und ihrer führenden Persönlichkeiten krankte und eher einem Debattierklub glich.

Davon abgesetzt und konfessionell beschränkt, aber in ihrer Phrasologie und ihrer Unterstützungspraxis bewußt volkspolitisch ausgerichtet, waren auf evangelischer Seite der *Gustav-Adolf-Verein* mit Hauptsitz in Leipzig, auf katholischer der *Reichsverband der katholischen Auslandsdeutschen*. Beide Vereine waren finanziell gut dotiert und insofern sehr unterstützungsfähig.

Schwer überschaubar ist die Zahl der Institute, die sich Fragen des Auslandsdeutschtums widmeten. Es war in der Zwischenkriegszeit fast selbstverständlich, daß jede Einrichtung, die sich mit auslandskundlichen Problemen befaßte, hierbei das jeweils ansässige Deutschtum berücksichtigte. Da vor allem das

östliche Europa erforscht wurde, das unvermindert als Interessengebiet des Deutschen Reiches galt und den Gegenstand vielfältiger geopolitischer und hegemonialer Spekulationen bildete, war dabei die Unterstützung durch eine breite akademische Öffentlichkeit gesichert. Es ergaben sich, massiert Mitte der 20er Jahre, auch laufend Neugründungen. Meist blieben diese jedoch im Vorfeld der Universitäten, standen aber unter der Leitung von Hochschullehrern. Einige Institutsgründungen gingen bis in die Zeit des Weltkriegs zurück. So wurde das *Deutsche Auslandsinstitut (DAI)* 1917 von dem altliberalen württembergischen Unternehmer Theodor Wanner in Stuttgart inau-guriert. Wanner sah in den Zielen, „dem Auslandsdeutschtum und der Verbindung zwischen Ausland und Heimat zu dienen und seine Interessen zu fördern, sowie Auslandskunde zu betreiben“, offenbar eine zugkräftige Mischung zwischen exportorientierten ökonomischen und sog. idealistischen Bestrebungen. Das Reich, das Land Württemberg und die Stadt Stuttgart förderten das Unternehmen zu etwa zwei Dritteln; den Rest brachten die über 6000 Mitglieder, darunter zahlreiche Prominente, auf. Der Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik vollzog sich ohne Folgen. Die Tätigkeit des Instituts wurde als „unpolitisch“ verstanden. Im Zentrum stand das Archiv, das sämtliche erreichbaren Informationen über Auslandsdeutsche sammelte. Mit einer Schriftenreihe, weiteren Zeitschriften und bibliographischen Arbeiten trat es an die Öffentlichkeit. Tagungen, die Betreuung von Auswanderern und „Volksgruppenangehörigen“ im Reich, sowie Schulungskurse für Spezialisten des Auslandsdeutschtums ergänzten das Programm. Zweifellos war das DAI unter den entsprechenden Instituten das anregendste und potenteste, wenn es auch nicht den angestrebten Rang einer zentralen Verbindungsstelle für die wissenschaftliche Deutschumsarbeit

im gesamten Reich erlangte.

Durch seinen Leiter M. H. Boehm eher im Zentrum der Volks-tumsarbeit stand das *Institut für Grenz- und Auslandsstudien*, das sich 1920 aus dem Berliner Poli-tischen Kolleg heraus entwickelt hatte und sich unter seinem Leiter 1927/28 in Berlin-Steglitz verselbständigte. Die Mittel kamen weitgehend aus dem Reichsministerium des Innern. Grundsatzfragen und die vergleichende Untersuchung von Volksgruppen in Europa waren die Schwerpunkte der Arbeit. Während sein Institut ab Ende der 20er Jahre unter Geldmangel litt, bestand für das Münsteraner katholisch geprägte *Deutsche Institut für Auslandskunde* des einflussreichen Zentrumsabgeordneten, Prälat Professor Schreiber, an finanziellen Mitteln kein Mangel. Dem Institut, das zahlreiche Veröffentlichungen hervorbrachte, war eine Bursche für auslandsdeutsche Studenten angeschlossen. Mit dem Ziel, theoretische und auch praktische Deutschumsarbeit zu leisten, wurde ferner 1925 in München von Honoratioren der Stadt unter Protektion des Ministerpräsidenten Held die *Deutsche Akademie* gegründet. Ihre wissenschaftliche Abteilung edierte Werke herausragender Deutscher, erstellte einschlägige Bibliographien, betrieb Ortsnamenforschung in Volksgruppengebieten und förderte eine Geschichte der deutschen Sprache. Mit dem Schwerpunkt in Südosteuropa betrieb das Institut Kulturpropaganda über eine Reihe von dort installierten Instituten und Lektoraten. Auch wurden Studienaufenthalte in Deutschland von Ausländern mit der Intention, diese zu gewinnen, gefördert. Zu dem weit gefächerten Institutsprogramm gehörte schließlich die Unterstützung gefährdeter auslandsdeutscher Privat-schulen und Kultureinrichtungen.

Zwecks Herstellung einer einheitlichen Linie für die Erforschung des Auslandsdeutschtums bemühte sich das Reichsministerium des Innern 1921 um die Gründung einer

*Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung* in Leipzig. Später zusätzlich auch vom Auswärtigen Amt und sächsischen Kultusministerium unterstützt, sollte die Gründung als Dachorganisation und Koordinierungsstelle für die einschlägige Forschung dienen. Der Name der bereits oben erwähnten Stiftung war ideologisches Programm. In der praktischen Arbeit wurden Tagungen organisiert, um Wissenschaftler für die Auslandsdeutschenthematik zu rekrutieren. Ferner wurden Vorbereitungen für ein Handbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums in Angriff genommen. Die Koordinierungsaufgabe mißlang jedoch weitgehend, auch wegen Streitigkeiten unter den Leitern.

### Resümee

Es wurde der Versuch unternommen, die Umriss einer Bewegung zu skizzieren, die in der Weimarer Republik eine gewichtige Facette des politisch-ideologischen Spektrums darstellte. Sie, die in ihrer Gesamtheit bisher nur unzureichend erforscht ist, hatte ihren Hauptansatzpunkt im Gegensatz der Völker, die aus Furcht vor der Gefährdung der nationalen Identität und staatlichen Integrität das jeweils Fremde in eigenen Lande nicht oder nur widerwillig dulden wollte. Wenn man heute auf die Nachfolgestaaten der UdSSR oder Jugoslawiens blickt, so wird die Beachtung des Minderheitenschutzes eines der wichtigsten Elemente einer zukünftigen friedlichen Entwicklung darstellen. Nur durch konsequenten Minderheitenschutz und Respekt vor dem Fremden besteht Hoffnung, dem Revanchenationalismus in den jeweiligen Heimatstaaten samt seinen friedensgefährdenden Implikationen den Boden entziehen zu können.

### Summary

The movement for Germanism abroad was part of the Republic of Weimar's political and ideological spectrum of which it represented an interesting aspect. Its main objectives can be characterized as the preservation and support of Germans abroad – the so-called "Volkstumsarbeit".

The most important impulse of its activities was initiated by the situation of those Germans who – after the end of the First World War – lived in those territories which were now separated from Germany and Austria. The members of the movement wanted to protect them in order to preserve the language

and the national identity of those people and – furthermore – that of all the "Germans" who lived all over the world. They did their work by different organisations and on the basis of a specific national ideology.

Both issues – desiderata in research – will be shortly outlined in the article.

### Der Autor:

Gerhard Weidenfeller studierte Geschichte, Germanistik und Öffentliches Recht an den Universitäten Tübingen und Münster. Staatsexamen und Promotion zum Dr. phil. in Münster. Gerhard Weidenfeller ist Akademischer Oberart im Fach Geschichte an der Universität GH Essen.

### Literatur:

- Ernst Ritter: Das Deutsche Auslands-Institut in Stuttgart 1917–1945. Ein Beispiel deutscher Volkstumsarbeit zwischen den Weltkriegen. Wiesbaden 1976.
- Gerhard Weidenfeller: VDA – Verein für das Deutschtum im Ausland. Allgemeiner Deutscher Schulverein (1881–1918). Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Nationalismus und Imperialismus im Kaiserreich. Bern, Frankfurt/M. 1976.
- Gerhard Weidenfeller: Der VDA zwischen „Volkstumskampf“ und Kulturimperialismus. In: Zeitschr. f. Kulturaustausch 31 (1981). S. 17–26.

Über die „Deutsche Kulturarbeit“ zum Anspruch auf „Deutschen Volks- und Kulturboden“: Deutschlandkarte aus den damaligen „Beiträgen für Erziehung und Unterricht“.

Quelle: Steinacher: Volkstum S. 16/17.

